



PROTOKOLLAUSZUG

zum

AUSSCHUSS FÜR WIRTSCHAFT, KULTUR UND VERWALTUNG

am Dienstag, 13.07.2010

ÖFFENTLICH

TOP 1

Jahresabschluss 2009

Vorl.Nr. 325/10

- Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH
- Städtische Holding Ludwigsburg GmbH
- Parkierungsanlagen Ludwigsburg GmbH
- Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH

Abweichender Beschluss:

I. Jahresabschluss 2009 der Städtischen Holding Ludwigsburg GmbH

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Städtischen Holding Ludwigsburg GmbH zum 31.12.2009 wird mit folgenden Werten festgestellt:

		2009 in EUR	Vorjahr in EUR
1.1	Bilanzsumme	38.342.591,16	36.987.447,41
1.1.1	Davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	22.483.085,92	22.483.085,92
	- das Umlaufvermögen	15.859.505,24	14.504.361,49
1.1.2	Davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	16.752.558,92	16.012.713,60
	- die empfangenen Ertragszuschüsse	0,00	0,00
	- die Rückstellung	494.633,81	561.823,71
	- die Verbindlichkeiten	21.095.814,43	20.412.910,10
1.2	Jahresgewinn	2.521.847,10	2.000.351,34
1.2.1	Summe der Erträge	6.995.726,48	5.276.585,13
1.2.2	Summe der Aufwendungen	4.473.879,38	3.276.233,79

2. Ergebnisverwendung

Der folgenden Ergebnisverwendung wird zugestimmt:

Der Bilanzgewinn wird in Höhe von 2.138.402,14 EUR brutto (1.800.000 EUR netto/Vorjahr 1.500.000 EUR netto) am 02.08.2010 an die Stadt Ludwigsburg ausgeschüttet und in Höhe von 383.444,96 EUR (Vorjahr 218.349,56 EUR) – zweckgebunden für die im Jahr 2013 anstehende Finanzierung des Stromnetzes - in die Gewinnrücklage eingestellt.

3. Entlastung

a. Aufsichtsrat

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Städtische Holding Ludwigsburg GmbH wird beauftragt, dem **Aufsichtsrat** der Städtische Holding Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

b. Geschäftsführung

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung (§ 104 Abs. 1 GemO) der Städtische Holding Ludwigsburg GmbH wird beauftragt, der **Geschäftsführung** der Städtische Holding Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

4. Lagebericht

Der Lagebericht für 2009 wird genehmigt.

5. Abschlussprüfer für das Jahr 2010

Die WIBERA Wirtschaftsberatung AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart wird zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 bestellt.

II. Jahresabschluss 2009 der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH zum 31.12.2009 wird mit folgenden Werten festgestellt:

		2009 in EUR	Vorjahr in EUR
1.1	Bilanzsumme	119.956.225,94	124.692.029,12
1.1.1	Davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	91.592.350,40	81.185.704,74
	- das Umlaufvermögen	27.874.822,45	43.339.332,05
1.1.2	Davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	33.124.505,38	34.624.505,38
	- die empfangenen Ertragszuschüsse	4.768.049,00	5.490.452,00
	- die Rückstellung	8.719.110,54	3.843.661,10
	- die Verbindlichkeiten	72.746.340,86	80.181.503,48
1.2	Jahresgewinn		0,00
1.2.1	Summe der Erträge	90.182.474,94	91.866.590,22
1.2.2	Summe der Aufwendungen	90.182.474,94	91.866.590,22

2. Entlastung

a. Aufsichtsrat

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird beauftragt, dem **Aufsichtsrat** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

b. Geschäftsführung

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH wird beauftragt, der **Geschäftsführung** der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

3. Lagebericht

Der Lagebericht für 2009 wird genehmigt.

4. Abschlussprüfer für das Jahr 2009

Die WIBERA Wirtschaftsberatung AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart wird zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 bestellt.

III. Jahresabschluss 2009 der Ludwigsburger Parkierungsanlagen GmbH

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Ludwigsburger Parkierungsanlagen GmbH zum 31.12.2009 wird mit folgenden Werten festgestellt:

		2009 in EUR	Vorjahr in EUR
1.1	Bilanzsumme	15.018.205,32	14.468.867,46
1.1.1	Davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	13.552.125,04	11.549.613,26
	- das Umlaufvermögen	1.410.180,61	2.872.774,26
1.1.2	Davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	2.121.875,64	2.121.875,64
	- die empfangenen Ertragszuschüsse	0,00	0,00
	- die Rückstellung	1.376.481,91	292.566,13
	- die Verbindlichkeiten	11.515.355,05	12.049.291,81
1.2	Jahresgewinn	0,00	0,00
1.2.1	Summe der Erträge	2.612.097,37	2.324.170,68
1.2.2	Summe der Aufwendungen	2.612.097,37	2.324.170,68

2. Entlastung

a. Aufsichtsrat

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Ludwigsburger Parkierungsanlagen GmbH wird beauftragt, dem **Aufsichtsrat** der Ludwigsburger Parkierungsanlagen GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

b. Geschäftsführung

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Ludwigsburger Parkierungsanlagen GmbH wird beauftragt, der **Geschäftsführung** der Ludwigsburger Parkierungsanlagen GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

3. Lagebericht

Der Lagebericht für 2009 wird zur Kenntnis genommen.

4. Abschlussprüfer für das Jahr 2010

Die WIBERA Wirtschaftsberatung AG – Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart wird zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2010 bestellt.

IV. Jahresabschluss 2009 der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH zum 31.12.2009 wird mit folgenden Werten festgestellt:

		2009 in EUR	Vorjahr in EUR
1.1	Bilanzsumme	2.993.221,73	2.700.125,12
1.1.1	Davon entfallen auf der Aktivseite auf		
	- das Anlagevermögen	2.618.387,29	2.009.981,63
	- das Umlaufvermögen	373.996,44	684.057,28
1.1.2	Davon entfallen auf der Passivseite auf		
	- das Eigenkapital	2.521.558,60	2.151.931,61
	- die empfangenen Ertragszuschüsse	0	0
	- die Rückstellung	323.668,65	403.874,46
	- die Verbindlichkeiten	143.523,08	131.373,35
1.2	Jahresgewinn	219.626,99	246.507,00
1.2.1	Summe der Erträge	5.026.441,73	4.631.238,05
1.2.2	Summe der Aufwendungen	4.806.814,74	4.384.731,05

2. Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt 219.626,99 EUR.

Dem Vorschlag, 69.626,99 EUR auf neue Rechnung vorzutragen und 150.000 EUR den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen, wird vorbehaltlich der Zustimmung des Aufsichtsrates zugestimmt.

3. Entlastung

a. Aufsichtsrat

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung (§ 104 Abs. 1 GemO) wird beauftragt, dem **Aufsichtsrat** der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

b. Geschäftsführung

Der Oberbürgermeister als Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung (§ 104 Abs. 1 GemO) wird beauftragt, der **Geschäftsführung** der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

4. Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für das Jahr 2010

Die Prüfung der Jahresabschlüsse 2010 – 2014 wird neu ausgeschrieben.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und sowohl nach GmbHs als auch nach Ziffern getrennt.

I. Jahresabschluss 2009 der Städtischen Holding Ludwigsburg GmbH

Der Beschluss zu den Ziffern 1, 2, 4 und 5 wird mit 13 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der abweichende Beschluss zur Ziffer 3a wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Befangen: OBM Spec
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadträtin Schneller
Stadtrat Dr. Bohn

Der abweichende Beschluss zu Ziffer 3 b wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

II. Jahresabschluss 2009 der Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim GmbH

Der Beschluss zu den Ziffern 1, 3 und 4 wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 2a wird mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Befangen: OBM Spec
Stadträtin Kopf
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat Weiss
Stadtrat Müller
Stadtrat Kopp
Stadtrat Dr. Bohn
Stadträtin Schittenhelm

Der Beschluss zu Ziffer 2 b wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

III. Jahresabschluss 2009 der Ludwigsburger Parkieranlagen GmbH

Der Beschluss zu den Ziffern 1, 2 b, 3 und 4 wird mit 13 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 2a wird mit 9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Befangen: Stadträtin Kreiser

Stadtrat Siegmund
Stadtrat Dr. Heer
Stadtrat Dr. Schwytz
Stadtrat Dr. Bohn
Stadtrat Bergold
Stadtrat Hillenbrand

IV. Jahresabschluss 2009 der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH

Der Beschluss zu den Ziffern 1, 2, 3 b und 4 wird mit 16 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 3a wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Befangen: OBM Spec
Stadträtin Kopf

Beratungsverlauf:

Die Sitzungsleitung zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt EBM **Seigfried**.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) gibt mit Verweis auf die Vorl. Nr. 325/10 einen Überblick über die Jahresabschlüsse der Städtischen GmbHs. Insgesamt sei man mit den Ergebnissen zufrieden und er bitte daher heute um Zustimmung des Gremiums zur Beschlussvorlage. Weiter weißt er darauf hin, dass für die Städtische Holding Ludwigsburg GmbH ein abweichender Beschluss gefasst werden müsse, da hier neben der Geschäftsführung auch noch der Aufsichtsrat zu entlasten sei. Abschließend geht er kurz auf das Ergebnis der Blühendes Barock Gartenschau Ludwigsburg GmbH ein und erklärt, auch hier habe man mit einem Jahresüberschuss von rund 200 000 € ein gutes Ergebnis erzielt.

Das Gremium lobt mehrheitlich das gute Ergebnis der Jahresabschlüsse, bedankt sich bei Geschäftsführern und Mitarbeitern für deren Engagement und will der Vorlage daher zustimmen.

Die Stadträte Dr. **Vierling** und **Hillenbrand** schließen sich dem Lob generell an, wenden jedoch ein, dass die Gewinne der Stadtwerke GmbH nicht dafür verwendet werden dürften, das hohe Defizit der Parkieranlagen GmbH auszugleichen. Die Gewinne müssten in die eigentlichen Aufgaben der SWLB investiert werden und nicht in eine indirekte Subvention des Individualverkehrs. Stadtrat Dr. Vierling will daher den heutigen Beschluss ablehnen. Stadtrat Hillenbrand erklärt, er könne unter der Prämisse zustimmen, dass man diesen Entwicklungen aktiv entgegensteuere.

Stadtrat Dr. **Heer** gibt zu bedenken, dass zur Kostenunterdeckung bei der Parkieranlagen GmbH nun ein Absatzproblem hinzugekommen sei. Um dem entgegenzuwirken habe man bereits erste Maßnahmen wie beispielsweise die Parkgebührenerhöhung in Betracht gezogen. Unter der Maßgabe, dass die im Aufsichtsrat beschlossene Erstellung eines umfassenden Maßnahmenkonzepts umgesetzt werde, könne er heute zustimmen.

EBM **Seigfried** weißt auf die von Bürgern und Besuchern als unzureichend empfundene Parksituation in Ludwigsburg hin und unterstreicht die Bedeutung der Subventionierung durch die

SWLB. Eine Ergebnisverbesserung der PAG sei dennoch ein wichtiges Ziel. Anschließend lässt er über die Vorl. Nr. 325/10 nach GmbHs und Unterpunkten getrennt abstimmen.

TOP 2

**Auflösung des Ludwigsburg-Fonds - Verwendung
der außerordentlichen Zinserträge
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 297/10

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3, Vorl. Nrn. 297/10 und 301/10 werden auf Wunsch des Gremiums gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Herr **Kiedaisch** (FB Finanzen) begründet die Auflösung des Fonds mit dem Hinweis der Gemeindeprüfungsanstalt, dass dieser nicht mehr den rechtlichen Vorgaben entspreche. Hinzu komme, dass die Zinsentwicklung teilweise schlechter als angenommen gewesen sei. Da die Erträge des Fonds seit 2002 teilweise thesauriert worden seien, stehe nun zur Entscheidung, wie mit den aufgelösten außerordentlichen Erträgen umgegangen werden solle. Mit Verweis auf die Vorl. Nr. 297/10 schildert er die drei dafür in Frage kommenden Möglichkeiten. Die Verwaltung empfehle die zweckgebundene Zuführung an den Fonds Jugend, Bildung, Zukunft (JBZ), wo die Mittel insbesondere für Zwecke der musisch-kulturellen Bildung verwendet werden sollen. Er stellt damit den Bezug zur Vorl. Nr. 301/10 her.

OBM **Spec** macht auf die zahlreichen Anstrengungen aufmerksam, die die Stadt zur Förderung der musisch-kulturellen Bildung bereits in den vergangenen Jahren unternommen habe. Trotzdem belegten Studien, dass je nach Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht noch immer unausgewogene Bildungschancen bestünden. Dem wolle man verstärkt entgegenwirken. Heute gehe es wie in der Vorl. Nr. 301/10 dargestellt um die Entscheidung, ob man eine möglichst flächendeckende musikalische Frühförderung einführen und für die nächsten zwei Jahre Mittel über den Fonds JBZ zur Verfügung stellen wolle. Über eine endgültige Umsetzung und die hierfür – neben zu erwartenden Mitteln des Landes und privater Stiftungen – erforderliche Aufstockung der Mittel aus dem JBZ solle erst nach einer Zwischenevaluation Mitte 2011 entschieden werden.

Das Gremium lobt einmütig die vorgelegte Konzeption und anerkennt die Bedeutung der musisch-kulturellen Bildung für die Eröffnung gleicher Bildungschancen für alle Kinder. Mehrheitlich in Frage gestellt werden jedoch der Zeitpunkt der Umsetzung, die Finanzierbarkeit sowie die Zuständigkeit der Stadt.

Stadträtin **Kopf** spricht neben der Finanzierung die Frage an, warum eine solche Konzeption zu einem Zeitpunkt gestartet werden müsse, zu dem auch das Land ein Programm auflege. Weiter erkundigt sie sich, ob statt der geplanten Elternbeiträge von 5 € eine Erhöhung auf 7,50 € denkbar sei, um den Fonds JBZ nicht zu sehr zu strapazieren. Diese Themen wolle sie in ihrer Fraktion nochmals diskutieren und sie plädiere dafür, heute keine Beschlussempfehlung zu treffen.

Stadtrat Dr. **Bohn** vertritt den Standpunkt, dass das Thema Bildung eigentlich Sache des Landes sei. Dieses müsse sich mehr engagieren und dürfe sich nicht darauf verlassen, dass die Kommunen mit gelungenen Programmen wie dem heute vorgelegten freiwillig die bestehende Lücke füllten. Bedenken habe er auch dahingehend, dass nur Kinder in den Genuss der geplanten Förderung kämen, die schon einen Platz in einer Betreuungseinrichtung hätten. Seine Zustimmung mache er daher davon abhängig, dass die Stadt verbindlich zusagen könne, dass der Ausbau der U3-Betreuung wie geplant weitergehe.

Stadtrat **Weiss** lehnt die Vorl. Nr. 297/10 auf Grund der aktuellen Haushaltslage ab. Er favorisiere

die in dieser Vorlage genannte Variante 1, wonach die Zinsen zur Verwendung des Haushaltsergebnisses verwendet werden sollen. In der Konsequenz müsse er auch die Vorl. Nr. 301/10 ablehnen, auch wenn die Konzeption an sich wünschenswert und überzeugend sei. Neben der Finanzierung durch Mittel aus dem aufgelösten Ludwigsburg-Fonds missbillige er auch, dass die Stadt einen überwiegenden Anteil hieran trage und damit von der gewohnten 1/3-Lösung abweiche.

Stadtrat Dr. **Vierling** äußert systematische Bedenken gegen Sonderhaushalte. Dieses Konstrukt werde durch den Fonds JBZ weiter gestärkt. Was das Konzept zur musisch-kulturellen Bildung anbelange, so schließe er sich dem Wunsch von Stadtrat Dr. Bohn nach einem größeren Engagement des Landes an. Er erkundigt sich, ob für die Kooperationen mit den Musikvereinen kein Landeszuschuss beantragt werden könne. Auch fragt er an, ob bei einer Umsetzung der musikalischen Frühförderung entsprechend der Vorlage Abmeldungen von der Jugendmusikschule zu befürchten seien.

Stadtrat Dr. **Heer** erklärt, die FDP-Fraktion unterstütze die in der Vorl. Nr. 297/10 genannte Variante 3, wonach die Mittel als Zustiftung in die Bürgerstiftung eingebracht werden sollen. Er sehe die Vorgaben des Stiftungsrechts als vorteilhaft für eine nachhaltig sinnvolle Verwendung der Beträge. Den Vorschlag der Stadtverwaltung hingegen halte er für wenig solide, da dieser nicht dem Konsolidierungsgedanken entspreche. Was die Konzeption zur musisch-kulturellen Bildung anbelange, sei diese aus seiner Sicht überflüssig. Zum einen sei Bildung Sache des Landes, zum anderen gebe es für Interessierte in Ludwigsburg bereits genügend Möglichkeiten zu musischer Bildung. Jedem Kind musikalische Früherziehung aufzuoktroieren halte er für den falschen Ansatz.

Stadtrat **Hillenbrand** hingegen kann sich eine zweckgebundene Verwendung der Mittel für Angebote zur musischen Bildung gut vorstellen. Allerdings ziehe die Fraktion LUBU/Die Linke vor, damit bereits laufende Projekte zu unterstützen. Ebenso wie Stadtrat Dr. Bohn halte er den quantitativen Ausbau der U3-Betreuung für vorrangig vor einer qualitativen Verbesserung der musischen Bildung. Seine Fraktion werde daher beide Vorlagen ablehnen.

EBM **Seigfried** betont nochmals die Auswirkungen der musisch-kulturellen Bildung auf die generellen Bildungschancen der Kinder. Bisher angelaufene Einzelmaßnahmen seien auf das besondere Engagement einzelner Schulen und Musikvereine zurückzuführen. Ziel sei es nun, möglichst alle Ludwigsburger Kinder in den Genuss dieses Angebots kommen zu lassen. Dies sei möglich, da 100% der Kinder des jeweiligen Alters eine Schule, fast 99% eine Kindertageseinrichtung besuchten. Dass man zur Finanzierung sehr auf den Fonds JBZ angewiesen sei, sei der Verwaltung klar. Er gehe jedoch davon aus, dass man den Fonds trotz der zahlreichen über ihn finanzierten Maßnahmen auf dem derzeitigen Stand halten könne.

Frau **Richert** (FB Kunst und Kultur) geht auf das vom Land aufgelegte Programm zur musisch-kulturellen Bildung und die Möglichkeiten einer Bezuschussung der Ludwigsburger Konzeption ein. Sie verleiht auch ihrer Hoffnung Ausdruck, dass durch das Programm eine Affinität zur Jugendmusikschule geschaffen werden könne, anstatt dieser Kinder abzuwerben. Weiter wirbt sie dafür, dass nur über moderate Elternbeiträge Kinder aller Schichten erreicht werden könnten. Die Möglichkeiten einer Erhöhung auf 7,50 € werde sie jedoch prüfen und im Rahmen der endgültigen Entscheidung über das Programm nochmals zur Diskussion stellen.

Im Anschluss an Sachvortrag und Aussprache beantragt Stadträtin **Kopf**, auf die Fassung von Empfehlungsbeschlüssen zu verzichten.

Das Gremium stimmt diesem Antrag mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zu.

Nicht anwesend: Stadträtin Kreiser

OBM **Spec** kündigt an, die Themen in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,

Kultur und Verwaltung am 20.07.2010 nochmals zur Beratung aufzurufen.

TOP 3

Musisch-kulturelle Bildungsangebote in
Kindergärten und Grundschulen
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 301/10

Beratungsverlauf:

Die Tagesordnungspunkte 2 und 3, Vorl. Nrn. 297/10 und 301/10 werden auf Wunsch des Gremiums gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Im Anschluss an Sachvortrag und Aussprache beantragt Stadträtin **Kopf**, auf die Fassung von Empfehlungsbeschlüssen zu verzichten.

Das Gremium stimmt diesem Antrag mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zu.

Nicht anwesend: Stadträtin Kreiser

OBM **Spec** kündigt an, die Themen in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 20.07.2010 nochmals zur Beratung aufzurufen.

TOP 4

Temporäre Kindergartengruppen in Obweil /
Schlösslesfeld

Vorl.Nr. 306/10

Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zwei temporäre Gruppen durch Modularbauweise an die Kath. Kindertageseinrichtung Beethovenstraße 72, Schlösslesfeld, anzubinden. Die investiven Mittel in Höhe von ca. **224.000,00 €** im Jahr 2010 sind durch die Sonderrechnung Hartenecker Höhe zu finanzieren.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Fassade mit Holzlamellen zu verkleiden. Die investiven Mittel für die Verkleidung in Höhe von ca. **10.000,00 €** sind durch die Sonderrechnung Hartenecker Höhe zu finanzieren.
 3. Die temporären Kindergartengruppen mit einer Öffnungszeit von 6 oder 7 Std. werden durch die Kath. Gesamtkirchengemeinde betrieben. Für die Betriebskosten werden je nach Abrechnungsart (Kindergartenvertrag / Abmangelfinanzierung) bis zu 125.000,00 € pro Gruppe und Jahr, somit maximal 250.000,00 € für zwei Gruppen, zur Verfügung gestellt. Sämtliche Einnahmen durch Elternbeiträge und FAG-Zuweisungen verbleiben bei der Stadt. Für das Jahr 2010 werden anteilige Mittel in Höhe von bis zu **84.000,00 €** benötigt, die im Nachtragshaushalt 2010 bereits veranschlagt sind.
 4. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im 3. Quartal 2010 den Grundsatzbeschluss für die Protokollauszug Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung 13.07.2010
-

Errichtung von zwei altersgemischten Gruppen für Kinder von 0-6 Jahren in der Kath. Kindertageseinrichtung Lange Straße, Oßweil, vorzubereiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss über die Ziffern 1, 3 und 4 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Der Beschluss über die Ziffer 2 wird mit 11 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** berichtet, die Prüfung der möglichen Standorte für temporäre Kindergartengruppen habe gezeigt, dass ein Andocken an ein bestehendes Kindergartengebäude bautechnisch und organisatorisch nicht in jedem Fall sinnvoll sei und dass zudem bei einer Verteilung der beiden Gruppen auf zwei Standorte unverhältnismäßige Mehrkosten entstünden. Die Verwaltung schlage daher abweichend von der bisherigen Planung vor, beide temporäre Gruppen an die Kath. Kindertageseinrichtung in der Beethovenstraße anzubinden. Er stellt die diesem Vorschlag zu Grunde liegenden Überlegungen an Hand von Plänen vor. Die temporären Kindergartengruppen würden für mindestens drei Jahre eingerichtet, um neu aufgenommenen Dreijährigen und ihren Familien eine Betreuungssicherheit gewährleisten zu können. Um darüber hinaus weitere, dauerhafte Betreuungsplätze für Kinder ab drei Jahren zu schaffen, wolle man die Kath. Kindertageseinrichtung Lange Straße statt um eine Krippengruppe um zwei altersgemischte Gruppen erweitern. Hierzu werde die Verwaltung bei Zustimmung des Gremiums für das 3. Quartal 2010 einen Grundsatzbeschluss vorbereiten.

Stadträtin **Kopf** sieht in Oßweil und Schlösslesfeld dringenden Bedarf für zwei zusätzliche Gruppen und will daher der Vorlage zustimmen. Sie bittet jedoch darum, im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt die Frage zu diskutieren, ob eine Verkleidung der Fassade aus ästhetischen Gründen notwendig sei oder ob man diese auch kostengünstiger streichen könne.

Stadtrat Dr. **Bohn** bemängelt, dass die Verwaltung beauftragt worden sei, jeweils eine Gruppe in Oßweil und in Schlösslesfeld unterzubringen. Der jetzige Vorschlag könne die Ausgewogenheit in den beiden Bezirken nicht sicherstellen und berücksichtige auch die Elternwünsche nur unzureichend.

Die Stadträte **Weiss** und **Müller** beurteilen den Verwaltungsvorschlag als angemessen, praktisch und ökonomisch und wollen diesem daher zustimmen.

Stadtrat Dr. **Vierling** äußert sich vor allem über die durch die Modularbauweise gewonnene Flexibilität positiv. Wichtig sei ihm jedoch, dass dabei kein „Containereindruck“ entstehe.

Stadtrat **Hillenbrand** schließt sich der positiven Beurteilung seiner Vorredner. Er vertritt jedoch die Auffassung, dass es Kindern egal sei, ob der Container nun mit Lamellen verkleidet oder gestrichen sei.

Frau **Barnert** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) bestätigt, dass die modularen Baukörper erworben werden sollten, um diese nach drei Jahren flexibel weitzernutzen zu können. Dies sei die wirtschaftlichste Lösung. Zudem stellt sie Möglichkeiten zur Verkleidung der Container mit Holzlamellen an Hand von Beispielbildern dar.

OBM **Spec** lässt auf Wunsch des Gremiums zunächst en bloc über die Ziffern 1, 3 und 4 des Beschlussvorschlages und sodann getrennt über die Ziffer 2 Beschluss fassen.

TOP 5 Offensive Innenstadt

Beratungsverlauf:

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkte 5.1 bis 5.4.

TOP 5.1 Aktueller Sachstand Marstallcenter - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Herr **Steinert** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) berichtet, dass die vorbereitenden Untersuchungen zum Sanierungsgebiet Untere Stadt angelaufen seien. Weiter informiert er darüber, dass Pirelli derzeit noch mit den Eigentümern von kleineren Flächen im Marstallcenter verhandle, mit dem Ziel, alle Flächen an einen Eigentümer veräußern zu können. Auch liege jetzt ein neues Wertgutachten vor, auf dessen Basis die Gespräche über die jeweiligen Preisvorstellungen stattfinden. Gleichzeitig stehe Pirelli in Verhandlungen mit potentiellen Investoren. Noch vor der Sommerpause sei ein Termin geplant, bei dem die Ergebnisse der verschiedenen Gespräche sowie erste planerische Überlegungen diskutiert werden sollen.

TOP 5.2 Aktuelle Ergebnisse der Kundenbefragungen Innenstadt

Beratungsverlauf:

Herr **Steinert** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) gibt einen ersten Überblick über den Aufbau des von der GMA erstellten Gutachtens, den Ablauf der Kundenbefragungen sowie deren Ergebnisse

OBM **Spec** kündigt ausführliche Informationen zum Thema für die Zeit nach der Sommerpause an.

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) gibt einen Ausblick darauf, dass Ludwigsburg eine Verzahnung der „Kommerz-“ und der „Kulturachse“ anstrebe. Das Stadtmuseum stelle hier – neben dem bereits erfolgreich umgesetzten Akademiehof – eine der geplanten Verbindungen dar. Zur Steigerung der Attraktivität der Innenstadt und der Aufwertung der öffentlichen Räume seien in den letzten Jahren zahlreiche Projekte umgesetzt und Investitionen getätigt worden. Die Aufenthaltsqualität solle insbesondere durch Platzfolgen und Fußgängerverbindungen erhöht werden. Sodann stellt er ausgewählte Bauwerke sowie geplante und bereits umgesetzte Projekte an Hand von Plänen dar. Er betont, dass der Einbindung von Schillerplatz und Arsenalplatz eine große Bedeutung bei der Erreichung des Gesamtziels zukomme. Er erinnert an die bereits unter TOP 5.1 angesprochenen vorbereitenden Untersuchungen in der Unteren Stadt und informiert das Gremium über den vorgesehenen Zeitplan. Unabhängig vom eigentlichen Sanierungsgebiet, das Ende des Jahres festgelegt werde, würden selbstverständlich weitere kleinere Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten Ziele durchgeführt.

Beratungsverlauf:

BM **Schmid** erinnert an die in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt in der vergangenen Woche gestellten Fragen und verweist zu deren Beantwortung auf die dem Gremium vorliegende Informationsvorlage Nr. 340/10. Sodann erinnert er an die bisherigen Beratungen zum Städtischen Museum, beginnend mit dem Grundsatzbeschluss vom Mai 2006. Über die Beratung der Mehrfachbeauftragung, der Fragen des Denkmalschutzes und der Raumverteilung sowie des IVP-Programmes habe das Projekt nun Umsetzungsreife erlangt. Der Kostendeckel von 7,7 Mio. € könne eingehalten werden. Er erläutert nochmals die Hintergründe für die Aufhebung des Gewerks für Rohbau und Lüftung und die daraus resultierende Kostenreduzierung. Weiter geht er auf das Thema der Finanzierung ein. Insgesamt betrage die Summe der Zuschüsse 3,2 Mio. € einschließlich des städtischen Eigenanteils. Auf die WBL komme somit eine Belastung von 4,5 Mio. € zu. Zudem seien alle Vorgaben hinsichtlich Miete und aller Folgekosten eingehalten. Dies sei auch in der Tischvorlage nochmals dargestellt. Abschließend hebt er nochmals die Vorteile einer Unterbringung von Museum, Kunstverein und Touristinformation in der Eberhardtstraße 1 hervor und zeigt die hierfür erarbeiteten Pläne. In Architektur und Ausstattung des Gebäudes habe man mit den beteiligten Partnerbüros bei Einhaltung des Budgets eine hohe Qualität erzielen können.

OBM **Spec** betont ergänzend, dass sich das Konstrukt einer Realisierung durch die WBL bewährt gemacht habe, da man so die Möglichkeit habe, bei Ausschreibungen nachzuverhandeln. Er anerkennt, dass man sich derzeit in einer finanziell kritischen Phase befinde und er könne daher gut nachvollziehen, dass die Fraktionen eine unbedingte Einhaltung des Kostendeckels forderten. Auch die Überlegungen bezüglich einer Rückstellung oder einer Reduzierung des Umfangs des Projekts seien verständlich. Auf der anderen Seite gelte es jedoch zu bedenken, dass die Zuschüsse aus dem Konjunkturprogramm an eine Ausführungsfrist bis Ende 2011 gebunden seien und sonst verfielen. Ebenso sei es unwahrscheinlich, dass man von der Wüstenrot wieder

ein Zuschussangebot erhalte, wenn man die angebotenen Mittel jetzt nicht abrufe.

Stadtrat Dr. **Schwytz** konstatiert, dass die Eberhardstraße 1 für eine attraktive Innenstadt ein Schlüsselgrundstück sei. Die derzeitige bauliche Situation sei daher auf Dauer untragbar. Nachdem – als wesentliche Voraussetzung – die Finanzierung stehe, setze er sich für eine rasche Umsetzung der Sanierungs- und Erweiterungspläne ein. Die CDU-Fraktion stimme unter der Prämisse, dass der Kostenrahmen entsprechend den Zusagen der Verwaltung eingehalten werden könne, der Vorl. Nr. 188/10 zu.

Stadtrat Dr. **Bohn** erhofft sich, dass das Gebäude Eberhardstraße 1 bei einer Umsetzung der Planungen zu einem städtebaulichen Highlight werden könne. Problematisch sehe er allerdings die Finanzierbarkeit. Die Kostengrenze von 7,7 Mio. € sei nur knapp eingehalten, finanzielle Reserven seien in diesem Rahmen nicht mehr enthalten. Auch hinsichtlich der Folgekosten insbesondere für den Verwaltungshaushalt habe er Bedenken. Weiter fehlten aus Sicht der SPD-Fraktion für die Finanzierung noch 700 000 € an Zuschüssen, die in 2011 neu beantragt werden müssten. Ob diese Zuschüsse dann tatsächlich eingingen, sei noch offen. Er bittet darum zu prüfen, ob die Baumaßnahme in zwei Abschnitte geteilt werden könne unter der Prämisse, dass dann bereits der erste Abschnitt in kleinerem Umfang betriebsbereit sei. Weiter stellt Stadtrat Dr. Bohn in Abrede, dass die Eberhardstraße mit den bisher veranschlagten Mitteln und Personalkosten zu überregionaler Bedeutung gelangen könne. Die eingeplanten Folgekosten reichten maximal für ein Standardprogramm. Er erwarte daher ebenfalls weitere Aussagen zur Folgekostenberechnung, insbesondere dazu, mit welchen zusätzlichen Einnahmen die Stadt rechne und wie sich die angekündigten, wegfallenden Ausgaben zusammensetzten. Erst auf Basis dieser Auskünfte könne sich seine Fraktion endgültig positionieren.

Stadträtin **Schneller** legt Wert auf die Feststellung, dass die FW-Fraktion schon seit Beginn der Diskussion über die große Lösung für die Eberhardstraße 1 Bedenken gehabt habe. Diese habe auch die heutige Tischvorlage nicht zerstreuen können. Insbesondere die Fragen der Finanzierung und der Folgekosten seien noch nicht abschließend geklärt. Sie schließe sich der Bitte von Stadtrat Dr. Bohn um weitere Informationen an und fordere dazu auf, nochmals detailliert darzustellen, wann welche Zuschüsse mit welcher Sicherheit fließen und was miteinander verrechnet werde. Auf Basis der heute vorliegenden Informationen sei auch die FW-Fraktion noch nicht abstimmungsbereit.

Stadträtin **Haberzeth-Grau** lässt wissen, die Mitglieder Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seien unterschiedlicher Meinung. Einerseits bekenne man sich ausdrücklich zu den Zielen der Haushaltskonsolidierung, andererseits unterstütze man auch die Revitalisierung des Baudenkmales Eberhardstraße 1. Letzteres fördere die Attraktivität der Innenstadt, eröffne Möglichkeiten zur Zusammenarbeit von Museum, Kunstverein und Touristinformation und schaffe ein neues kulturelles Zentrum für Ludwigsburg. Die Sanierung und Erweiterung der Eberhardstraße 1, die man nun einmal angefangen habe, zum Abschluss zu bringen, sei vor allem hinsichtlich der finanziellen Gesamtsituation nicht einfach. Solange der vorgegebene Kostenrahmen jedoch eingehalten würde, könne ein Teil der Fraktionsmitglieder dem zustimmen.

Stadtrat Dr. **Vierling** spricht für die ablehnenden Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er begründet diese Haltung vor allem damit, dass die Einhaltung der 7,7 Mio. € fraglich sei, da kein Puffer für Unvorhergesehenes eingeplant sei. Auch sei das Vergabeverfahren des Gewerks Rohbau und Lüftung aus seiner Sicht nicht korrekt abgewickelt worden. Nach der Aufhebung habe man freihändig vergeben anstatt erneut auszuschreiben und man habe hierbei eine Verschlechterung der Qualität in Kauf genommen.

Stadtrat Dr. **Heer** wünscht sich ebenfalls eine Einhaltung des Kostendeckels von 7,7 Mio. €. Allerdings befürchte er, dass dies schwer werde und womöglich sogar Mehrkosten entstehen könnten. Aus Gründen der Zuverlässigkeit spreche er sich jedoch dafür aus, das einmal begonnene Projekt auch durchzuziehen und nicht auf Grund verbleibender Restunsicherheiten zu verschieben oder abzuändern. Er erwarte ebenso wie Stadtrat Dr. Bohn und Stadträtin Schneller

weitere Aussagen zu Kosten und Folgekosten, auch wenn er nicht davon ausgehe, dass sich hierdurch an der Zustimmung der FDP-Fraktion zur Vorl. Nr. 188/10 etwas ändere.

Stadtrat **Hillenbrand** verweist darauf, dass die Fraktion LUBU/Die Linke einen Antrag gestellt habe, den Umbau des städtischen Museums zu verschieben. In Zeiten knapper Kassen müsse die Priorität auf den Themen Bildung und Betreuung liegen, anstatt Projekte umzusetzen, bei denen es nicht sicher sei, ob der Kostenrahmen eingehalten werden könne und bei denen auch die Folgekosten noch fraglich seien. Er beanstandet weiter, dass bereits heute mit Zuschüssen gerechnet werde, die noch nicht schriftlich zugesagt seien. Aus diesen Gründen schlage seine Fraktion vor, das Projekt um ein Jahr zu verschieben. Damit befinde man sich immer noch in dem Zeitrahmen, für den die von BM Schmid genannten Zuschüsse bewilligt worden seien.

Stadträtin **Schittenhelm** legt Wert auf die Feststellung, dass es auch in der SPD-Fraktion Mitglieder gebe, die weder eine Verschiebung des Projekts noch eine Aufteilung in zwei Bauabschnitte befürworteten. Ihr persönlich sei eine baldige Umsetzung wichtig und sie sei vom Erfolg des Projekts überzeugt. In der Hoffnung, dass die Zuschusszusagen auch eingehalten würden und der Kostenrahmen daher nicht überschritten werde, stimme sie der Vorl. Nr. 188/10 zu.

OBM **Spec** und BM **Schmid** gehen auf die Fragen des Gremiums ein. Sie informieren über Umschichtungs- und Übertragungsmöglichkeiten innerhalb der verschiedenen Zuschüsse und Förderprogramme und bestätigen, dass vom Wirtschaftsministerium ein positives Vorabsignal hinsichtlich der offenen 700 000 € für das Jahr 2011 gesendet worden sei. Diese Ankündigungen seien in aller Regel zuverlässig. Weiter gehen sie auf die Problemstellungen einer Unterteilung in zwei Bauabschnitte sowie einer Verschiebung um ein Jahr ein und weisen den Eindruck, dass beim Vergabeverfahren Fehler gemacht worden seien, zurück. Bei der Aufhebung der Ausschreibung und der Nachverhandlung seien die Vorschriften der VOB eingehalten worden. BM Schmid sagt zu, zur nächsten Vorberatung im Ausschuss für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung am 20.07.2010 detaillierte Auskünfte des Architekten zu einer möglichen Unterteilung der Maßnahme in zwei Bauabschnitte sowie eine genauere Aufschlüsselung der zu erwartenden Folgekosten nachzureichen.

Ein Empfehlungsbeschluss wird nicht gefasst.